



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Bundesverbands der Deutschen
Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE)
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
Stand 13. Mai 2019**

- 1. Ein Verbot der Deponierung von unbehandelten Siedlungsabfällen in ganz Europa. Nur so wird überall die Basis für den Aufbau einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft gelegt.**

Stellungnahme:

Grundsätzlich gilt in Europa die Abfallhierarchie: Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling, Verwertung, Beseitigung. Die Deponierung als Beseitigung ist also auch europarechtlich die schlechteste aller Lösungen. Es ist allerdings zu erwarten, dass es mit der neuen Deponierichtlinie als Teil des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets Impulse zur weiteren Verringerung der Deponierung in Europa geben wird, die noch zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch zwischen einzelnen Regionen, bestehenden großen regionalen Unterschiede abzubauen. Ein schnelles Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle, wie wir es in Deutschland richtigerweise haben, ist bei Deponierungsanteilen von teilweise bis zu 80 Prozent in einigen Teilen der EU unrealistisch. Hier sollte den Ländern Zeit für die Umstellung eingeräumt werden. Deutschland kann mit seinem weltweit führenden KnowHow bei Recyclingtechnologien, aber auch mit seinem erfolgreichen abfallrechtlichen Rahmen europa- und natürlich auch weltweit Lösungen anbieten, die eine Deponierung zunehmend unnötig machen.

- 2. Die EU muss beim Vollzug ernst machen – Sie muss sich verstärkt für eine pünktliche Umsetzung der Ziele des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets einsetzen.**

Stellungnahme:

Ressourcenschonung ist eine zentrale umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung, auch im europäischen Kontext. CDU und CSU setzen sich für das Schließen von Stoffkreisläufen und eine pünktliche Umsetzung der Ziele des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets ein. Wir wollen, auch im Rahmen des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets und der weiteren Arbeiten an der europäischen Plastikstrategie, Abfallvermeidung und Recycling stärken, die Einsatzmöglichkeiten für recycelte Materialien verbessern und entsprechende Anreize setzen.

- 3. Die EU muss den Binnenmarkt für Abfälle voranbringen. Durch eine funktionierende, grenzüberschreitende Abfallverbringung in der EU kann die Abfallbehandlung dort erfolgen, wo sie ökologisch und ökonomisch den größten Mehrwert erbringt.**

Stellungnahme:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, die Abfallbehandlung dort vorzunehmen, wo sie ökologisch und ökonomisch am sinnvollsten ist. Abfälle sind Wirtschaftsgüter, die in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden sollten, um Rohstoffe einzusparen. Grundsätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen möglichst ortsnah erfolgt, soweit dies ökonomisch sinnvoll und möglich ist.

- 4. Die europäischen Finanzmittel müssen konsequent für den Aufbau von Kreislaufwirtschaften genutzt werden, für Beseitigungsanlagen darf es keine Kofinanzierung aus Brüssel mehr geben.**

Stellungnahme:

CDU und CSU befürworten den konsequenten Aufbau von Kreislaufwirtschaften im europäischen Raum. Für uns haben Wiederverwendung, Recycling und Verwertung Vorrang vor der Beseitigung von Abfällen. Daher machen wir uns auch international für den Ausbau von Erfassungs- und Verwertungssystemen stark.

- 5. Die Produktverantwortung muss weiter gestärkt und gefördert werden. So erreichen wir die Mitwirkung der Wirtschaft für eine an der Kreislaufwirtschaft ausgerichtete Produktionsweise.**

Stellungnahme:

CDU und CSU wollen das erfolgreiche deutsche Modell der Kreislaufwirtschaft weiter entwickeln. Entscheidend ist hierbei die Mitwirkung der Wirtschaft, Wettbewerb und Produktverantwortung. Die Produktverantwortung als wichtiges Instrument der Kreislaufwirtschaft soll konsequent angewendet und ausgeweitet werden. Nur wenn

die Kosten für die Entsorgung durch den Produkthersteller bzw. den Inverkehrbringer getragen werden müssen und damit Teil des Produktpreises werden, besteht ein wirklicher Anreiz, Produkte abfallarm bzw. recyclingfähig herzustellen. Daher wollen wir die Produktverantwortung weiterentwickeln in dem Sinne, dass Hersteller die Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Produkten stärker berücksichtigen.

- 6. Kommunen können in der EU immer noch zu viele ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für sich beanspruchen. Fairer Wettbewerb braucht Hilfe aus Europa.**

Stellungnahme:

Wettbewerbliche Lösungen bieten die beste Gewähr für qualitativ hochwertige und für den Bürger und die Wirtschaft günstige Entsorgungslösungen. Die anspruchsvollen abfallpolitischen Vorgaben und der Wettbewerb sind die Treiber für Deutschlands weltweite Vorreiterrolle bei der Kreislaufwirtschaft und als international führender Anbieter von Entsorgungstechnologien. Dieses erfolgreiche System muss angesichts der wachsenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen ausgebaut werden. CDU und CSU machen sich daher für einen fairen Wettbewerb zwischen kommunalen und privatwirtschaftlichen Unternehmen stark.

- 7. Der Kreislauf für Rohstoffe muss wirklich geschlossen werden: Die EU muss sich weiter dafür einsetzen, dass die Nachfrage für Recyclingrohstoffe gefördert wird und ein echter Markt für Rezyklate entsteht.**

Stellungnahme:

CDU und CSU setzen sich dafür ein, die heutigen Produktionsweisen und Produktgestaltungen noch stärker an der Idee des Stoffkreislaufes auszurichten. Wir werden daher die Kreislaufwirtschaft konsequent weiterentwickeln. Dabei halten wir es auch für wichtig, die Einsatzmöglichkeiten für recycelte Materialien zu verbessern und entsprechende Anreize zu stärken. Entscheidend ist aus unserer Sicht die Herstel-

lung möglichst sortenreiner und marktfähiger Rezyklate. In diesem Zusammenhang wollen wir die Rahmenbedingungen für den Absatz von Rezyklaten stärken.